



Montenegro vor den EU-Beitrittsverhandlungen

Mehr Schein als Sein im schönen Kleinstaat an der Adria

MARCUS SCHNEIDER
Februar 2012

- Im Dezember 2011 bekam Montenegro vom Europäischen Rat für das kommende Jahr den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt. Dieser unzweifelhaft große außenpolitische Erfolg bedeutet jedoch auch, dass die Adriarepublik fit werden muss für Europa. Eine genaue Analyse ergibt, dass Montenegro in vielen Bereichen noch weit von europäischen Standards entfernt ist.
- Als einziger demokratischer Staat Europas hat Montenegro seit dem Zusammenbruch des Kommunismus keinen Regierungswechsel erlebt. Mit einer marginalisierten Opposition, einer gegängelten Zivilgesellschaft und einem übermächtigen Staatsapparat in den Händen einer etablierten politischen und wirtschaftlichen Elite kann Montenegro im fünften Jahre seiner Unabhängigkeit nur als halbkonsolidierte Demokratie gelten.
- Der Zusammenbruch Jugoslawiens hat auch in Montenegro zu nationalistischen Verwerfungen geführt. Ein von den herrschenden Kräften geschürter serbisch-montenegrinischer Gegensatz lenkt von den schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Problemen ab, und nagt an der Legitimität des Gemeinwesens. Mit Montenegro strebt ein Staat in die EU, dessen politische Selbstständigkeit weiterhin von annähernd der Hälfte seiner Bürger abgelehnt wird.

2011 endete in Montenegro ähnlich wie 2010 mit einem Ereignis, das möglicherweise mehr Optimismus erzeugt als bei nüchterner Betrachtung gerechtfertigt ist. Im Dezember 2010 hatte der langjährige Premierminister, ehemalige Präsident und ungekrönte König der Adria-republik Milo Djukanovic sein Amt als Regierungschef an den damals 34-jährigen Igor Luksic übergeben. Die hochfliegenden Erwartungen, die nicht wenige internationale Beobachter mit diesem Wechsel an der Regierungsspitze verbanden, erfüllten sich allerdings nicht. Statt Aufbruchstimmung prägte innenpolitische Kontinuität das Jahr. Ein Jahr später schien außenpolitisch der ganz große Wurf gelungen zu sein: Auf seinem Gipfel am 09. Dezember 2011 folgte der Europäische Rat weitestgehend der Empfehlung der Kommission und stellte Podgorica für Juni 2012 den Beginn der Beitrittsverhandlungen in Aussicht. Der verständliche Optimismus angesichts dieser positiven Entwicklung mag trotzdem voreilig erscheinen. So können sich die Verhandlungen problemlos über ein Jahrzehnt hinziehen, wie der Fall Kroatien gezeigt hat. Auch ihr Beginn hat es dieses Mal in sich. Anstatt mit eher unverfänglichen Themen zu beginnen, wird Brüssel gleich zu Anfang die delikaten Kapitel 23 und 24 auf die Agenda setzen: Rechtsstaatlichkeit und den doppelten Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. In beidem hat sich Montenegro bisher nicht gerade als Musterschüler profiliert. Wie beim heiß erwarteten Personalwechsel an der Regierungsspitze droht auch hier der Kater am Tag danach.

2011 war allerdings nicht nur das Jahr am Vorabend der EU-Beitrittsverhandlungen. In diesem Jahr feierte Montenegro auch ein halbes Jahrzehnt Unabhängigkeit. Es eignet sich also gut, um einmal Bilanz zu ziehen für diesen zweitjüngsten Staat Europas, der im Gegensatz zu seinen konfliktgeschüttelten Nachbarn Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo eher selten den Weg in die deutsche und internationale Presse findet.

Von Djukanovic zu Luksic: Nur ein kosmetischer Wechsel an der Regierungsspitze

Milo Djukanovics Rücktritt vom Amt des Premierministers war kein Rückzug von der Macht. Obwohl offiziell nur noch Vorsitzender der größten Regierungspartei DPS, (Demokratische Partei der Sozialisten) hält er das Land mit eisernem Griff auf Kurs. Wie Russlands Wladi-

mir Putin gehört er in die Kategorie Politiker, deren Autorität und weitreichende Machtressourcen völlig unabhängig von den wechselnden Ämtern existieren, die sie gerade innehaben. Sein Lebensweg an der Spitze des montenegrinischen Gemeinwesens zeugt von hoher politischer Intelligenz, aber auch von Skrupellosigkeit und einer chamäleonhaften ideologischen Wandlungsfähigkeit, die nur denen gegeben ist, die sich in allen Lagen primär an der Akkumulation privaten Reichtums orientieren.¹ Vom Günstling Milosevics und Kriegstreiber in Dalmatien wurde er zum zwischenzeitlichen *Darling* des Westens, der auch nach der demokratischen Revolution in Serbien und den abnehmenden Gunsterweisungen aus Europas Hauptstädten sein persönliches Lehen Montenegro mit wundersamen 55,1 Prozent Zustimmung (zur Erinnerung: die EU hatte 55 Prozent gefordert) in die Unabhängigkeit führte. Sollte es ihm gelingen, das Land auch noch mit der EU-Mitgliedschaft zu adeln, wäre er zweifelsohne ein Kandidat für den Titel des erfolgreichsten Staatsmannes Europas.

Sein Amtsnachfolger Luksic, ein heute 35-jähriger promovierter Ökonom, vormaliger Finanzminister und bekennter Fan von Friedrich A. Hayek, ist ein anderes Kaliber. Wo Djukanovic in volksnaher Sprache politische Gegner schon mal als »Nagetiere« verunglimpft,² denen man die Schädlingsbekämpfung auf den Hals hetzen sollte, versteht sich der junge Premier auf die leisen Töne. Und tatsächlich sorgte er durch häufige Treffen mit Vertretern der Opposition, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft vor allem in der ersten Jahreshälfte für eine atmosphärische Auffrischung der montenegrinischen Politik. Offenheit, Toleranz und ein Streben nach mehr Harmonie schienen ihm ein persönliches Anliegen zu sein. Bei den harten politischen Fragen jedoch war kein Abrücken vom Kurs der Ära Djukanovic erkennbar. Die angekündigte Auswechslung kompromittierter Leiter öffentlicher Verwaltungen wurde nicht weiter verfolgt. Auch auf den Vorwurf, beim Verkauf des staatlichen Telekommunikationsunternehmens seien Schmiergelder in Höhe von 7,35 Millionen Euro an montenegrinische Spitzenfunktionäre geflossen – so jedenfalls die Tageszeitung »Vijesti« unter Berufung auf Erkenntnisse der

1. Vgl. Milena Perovic-Korac/Milka Tadic-Mijovic: Djukanovic's Clan Property, in: *Monitor*, 23.03.2011; http://www.monitor.co.me/index.php?option=com_content&view=article&id=2415:djukanovics-clan-property&catid=1691:in-english&Itemid=2914.

2. Tageszeitung *Vijesti*, 23.11.2011; zugänglich unter: <http://www.vijesti.me/vijesti/dukanovic-politickim-misevima-treba-deratizacija-clanak-48353>.

US-Behörden – ging die Regierung nicht ein. Wenn in den Bereichen Korruption und organisierte Kriminalität staatliche Ermittlungen aufgenommen werden, dann muss ein politischer Hintergrund vermutet werden. So war die sogenannte »Affäre Zavala«, bei der der Bürgermeister der Hafenstadt Budva festgenommen wurde, der Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen zwischen dem Djukanovic- und dem Marovic-Klan an der Spitze der Regierungspartei.³ Nachdem parteiintern Waffenstillstand geschlossen worden war, folgte bald darauf die Freilassung der Verdächtigen. Ein Schelm, wer einen Zusammenhang erkennt.

Eben aufgrund dieser engen Verquickung von Politik, Wirtschaft, Korruption und organisierter Kriminalität fällt es schwer zu glauben, dass Montenegro in absehbarer Zeit die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt, insbesondere in den beiden an den Beginn der Verhandlungen gestellten Kapiteln, erfüllen wird. An Enthusiasmus fehlt es zwar nicht. So weist Montenegro regelmäßig hohe Zustimmungsraten aus, wenn es um den Beitritt zur EU geht. Auch die Gesetzgebung war 2011 in diesem Sinne äußerst aktiv. Die schönsten Gesetzesänderungen sind jedoch ähnlich wie der kosmetische Wechsel an der Regierungsspitze von zweifelhaftem Wert, wenn die Implementierung und Anwendung dieses Rechtsrahmens auf der Strecke bleibt. Papier ist bekanntlich geduldig. Vorerst bleibt Montenegro ein nur halb-konsolidierter Rechtsstaat.

Demokratie und nationale Identität sind die anderen Baustellen dieses noch jungen Gemeinwesens. Montenegro ist gegenwärtig der einzige formell demokratische Staat Europas, in dem in den letzten 20 Jahren kein Regierungswechsel stattgefunden hat. Seit 21 Jahren regiert die Demokratische Partei der Sozialisten, die letzten 13 davon im Bündnis mit der viel kleineren sozialdemokratischen SDP. Wenn man bedenkt, dass die DPS direkte Nachfolgerin des ehemaligen Bundes der Kommunisten ist, ergibt sich die seit 1945 ungebrochene Herrschaft einer einzigen Partei. In allen mehr oder minder freien Wahlen seit 1990 hat die DPS zudem nie weniger als 42 Prozent der Stimmen eingefahren.⁴ Die Qua-

lität einer Demokratie erweist sich allerdings erst dann zweifelsfrei, wenn ein demokratischer Machtwechsel reibungslos abgelaufen ist. Selbst wenn ein solcher wie in Montenegro bisher nicht stattgefunden hat, sollte er zumindest theoretisch denkbar sein. Dass dies nicht der Fall ist, liegt nicht nur daran, dass die drei bedeutenden Oppositionsparteien (SNP, NOVA, PzP) insbesondere aufgrund der persönlichen Beziehungen zwischen ihren Führern heillos zerstritten sind. So kann die Opposition in den Augen der Öffentlichkeit keine realistischen und konsistenten Lösungen für die Probleme des Gemeinwesens präsentieren. Der tiefere Grund für die ewige Verbannung dieser drei Parteien von der Macht liegt jedoch im Kampf um die nationale Identität, der dem Land von seiner herrschenden Koalition seit spätestens 1998 aufgezwungen wurde. Die Spaltung zwischen Regierung und Opposition resultiert nicht primär aus politisch-ideologischen Differenzen. Parteien in Südosteuropa ähneln trotz ihrer Etikettierung als sozialdemokratisch, liberal oder konservativ eher selten jenen wertorientierten Gesinnungsgemeinschaften, die in Westeuropa vorherrschen.⁵ Zudem bekennen sich in Montenegro beide Regierungsparteien und die größte Oppositionspartei SNP formell zur Sozialdemokratie. Der Hauptunterschied zwischen beiden Lagern liegt im Verhältnis zum montenegrinischen Staat. Während DPS und SDP die Staatsgründung und Konstruktion einer spezifisch nicht-serbischen montenegrinischen Nation vorantrieben, besteht die Opposition, insbesondere der SNP und NOVA aus Parteien, die diese Staatsgründung vehement ablehnten und auch weiterhin die Eigenständigkeit einer montenegrinischen Nation verneinen. Ein Regierungswechsel würde somit nicht nur einen Austausch der Eliten an der Spitze des Staatswesens bedeuten, sondern die Existenz des Gemeinwesens als von Serbien unabhängiger staatlicher Entität in Frage stellen. Montenegro ist nicht nur ein von der DPS beherrschter Staat, in seiner heutigen Form ist er regelrecht das Geschöpf dieser Partei und ihrer Führung.

Gibt es eine montenegrinische Nation?

2011 war im Hinblick auf die schwelende nationale Frage ein wichtiges Jahr. Die von der EU dem gesamten Westbalkan vorgeschriebene Volkszählung wirbelte in

3. Jovana Marovic/Stevo Muk (2011): Montenegro unter dem wachen Auge von Djukanovic und der EU, S. 10 (zur baldigen Veröffentlichung durch die FES vorgesehen).

4. Die jüngste Wahlumfrage vom Dezember 2011 spiegelt – mit leichten Zuwächsen für die DPS – ziemlich exakt das Ergebnis der letzten Wahl (2009) wider: DPS 45,8 Prozent, SDP 8,6 Prozent, Sozialistische Volkspartei (SNP) 17,2 Prozent, Neue Serbische Demokratie (NOVA) 9,1 Prozent, Bündnis für den Wechsel (PzP) 6,8 Prozent. (Quelle: CEDEM).

5. Vgl. Michael Ehrke, Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa, Bonn 2009, <http://library.fes.de/pdf-files/d/ipa/06878.pdf>.

der Adriarepublik erwartungsgemäß viel Staub auf. Aus Sicht der Regierungsmehrheit weist der Trend in die richtige Richtung. So hat sich bei der nationalen Zugehörigkeit der Anteil der Montenegriner von 43 Prozent auf 45 Prozent der Gesamtbevölkerung erhöht, während der Anteil derjenigen, die sich als Serben bekennen, von 32 Prozent auf 29 Prozent abgesunken ist. An der Küste und im Inneren des Staats, also vornehmlich in den altmontenegrinischen Gebieten, die schon vor 1913 zum damals unabhängigen Staat gehörten, stellen die Montenegriner die Mehrheit, während die Serben in der nördlichen und östlichen Peripherie dominieren. Bei den Angaben zur Sprache ist der *Swing* in Richtung einer nationalmontenegrinischen Konsolidierung noch ausgeprägter. Zwar bekennt sich weiterhin eine (relative) Mehrheit von 43 Prozent zum Serbischen, aber dies sind fast 20 Prozent weniger als bei der letzten Erhebung im Jahre 2003. Der Anteil der Montenegrinischsprachigen stieg dagegen von 23 Prozent auf 37 Prozent. Zusätzliche Verwirrung stiftet die religiöse Zugehörigkeit. In einer Umfrage von 2009 bekannten sich 52 Prozent der Bevölkerung zur Serbisch-Orthodoxen Kirche, während 22 Prozent Anhänger der seit jüngerer Zeit von der Regierungskoalition befürworteten,⁶ aber in der orthodoxen Welt nicht als autokephal anerkannten Montenegrinisch-Orthodoxen Kirche sind.⁷

Der nationale Gegensatz, der die Gemüter im Land erhitzt, ist ein Lehrstück der politischen Instrumentalisierung, die dazu dient, von den schwerwiegenden ökonomischen und sozialen Problemen, von Korruption, Kriminalität und Bereicherung abzulenken. Das Volk wird durch künstliche Erregung bei Laune gehalten, und sofern es sich als nationalmontenegrinisch versteht, in seiner Loyalität zum Staat an die Loyalität zur herrschenden Partei gekettet. In der Geschichte des Landes war der serbisch-montenegrinische Antagonismus selten so ausgeprägt wie heute. Historisch verstand sich Montenegro stets als Bastion des Serbentums, wenngleich die regionale Identität, und nicht zuletzt die absolute Loyalität zum Familienklan ausgeprägter war als in anderen serbischen Siedlungsgebieten. Der serbische Charakter

des Landes wurde selbst von denen nicht geleugnet, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in teilweise kriegsähnlichen Auseinandersetzungen dem Anschluss an den serbisch-dominierten Staat der Südslawen widersetzen. Das völlige Verschwinden einer eigenen politischen Entität wurde beklagt, nicht die Zugehörigkeit zur größeren serbischen Nation infrage gestellt.⁸ Folgerichtig wurde Montenegro von den in der nationalen Frage sehr sensiblen Kommunisten als eine der konstitutiven Republiken des zweiten Jugoslawien wiedererrichtet. In den Volkszählungen nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keinen serbisch-montenegrinischen Gegensatz. Fast die komplette orthodoxe, slawischsprachige Bevölkerung bekannte sich als Montenegriner, eine Bezeichnung, die somit nichts anderes war als die Selbstbezeichnung des serbischen Volkes in Montenegro. Selbst die großserbisch inspirierte »antibürokratische Revolution« des Slobodan Milosevic reüssierte in Montenegro, schon damals mit Milo Djukanovic an exponierter Stelle. Die montenegrinische Sprache ist eine Erfindung der 1990er Jahre, die kürzlich mit drei neuen, im serbischen Alphabet nicht vorkommenden Buchstaben geadelt wurde. Diese treten in einem halben Dutzend Worte auf und sollen die Grundlage einer neuen nationalen Identität abgeben. Wenn sich die Geschichte, in diesem Falle des Nationalismus auf dem Balkan, stets zweimal ereignet, dann war Bosnien die Tragödie und Montenegro die Farce.

Die politische Konsequenz der Volkszählung war ein Neuaufflammen des Sprachenstreits. Erst 2004 hatte die Regierung das Unterrichtsfach »Serbisch« durch »Muttersprache« ersetzt. Im September 2011 sollte diese Kompromisslösung landesweit durch »Montenegrinisch« abgelöst werden, was den lebhaften Protest der proserbischen Opposition hervorrief, die sich zu Recht darauf bezog, dass eine Mehrheit der Bürger ja serbisch spricht. Die Regierung begriff diesen Protest freilich als direkten Angriff auf die Legitimität des Staates. Trotz scharfer Worte, die man sich über Wochen an den Kopf warf, einigte man sich letzten Endes auf den umständlichen Kompromiss »montenegrinisch – serbische, bosniakische und kroatische Sprache«. In manchen Restaurants in den Tourismuszentren an der Küste hat man derweil eine kreativere Lösung gefunden. Das Menü gibt's dort auf »Naski« – »Unsrish«.

6. Der kleinere Koalitionspartner SDP bekennt sich zur Montenegrinisch-Orthodoxen Kirche, während die DPS offiziell die orthodoxe Kirchenspaltung überwinden will und eine einheitliche, allerdings von Serbien unabhängige Religionsgemeinschaft anstrebt.

7. http://www.cedem.me/fajlovi/editor_fajlovi/istrazivanja/CEDEM_oktobar09.pdf

8. Ivo Banac: Montenegro Greens, p. 270-291, in: Ivo Banac (1984): The National Question In Yugoslavia. Origins, History, Politics.

Die Volkszählung hat also Verschiebungen zugunsten einer nationalmontegrinischen Konsolidierung ans Licht gebracht. Zu viel Euphorie über ein gelungenes *nation building* wäre allerdings fehl am Platze. Die nationalmontegrinische Sache hat die Macht des Faktischen auf ihrer Seite. Für die jüngere Bevölkerung ist Serbien, von dem man sich seit Ende des Bosnienkrieges politisch entfremdet hat, bereits ein anderes Land. Die gemeinsame jugoslawische Vergangenheit verblasst. Die Institutionen des Nationalstaates prägen das Land. Sich zur montenegrinischen Volksgruppe bekennende Bürger stellen offiziell 80 Prozent der Beschäftigten in der Staatsverwaltung, bei der Polizei ist ihr Anteil noch höher. Arbeitet man für den Staat, weil man Nationalmontegriner ist, oder ist das nationalmontenegrinische Bekenntnis dort besonders hoch, wo man für den Staat arbeitet? Die Logik funktioniert wohl nach beiden Seiten. Die Zustimmung zum selbständigen Staat, die 2011 in einer Studie ermittelt wurde, hat sich trotzdem nicht deutlich erhöht. Das Kräfteverhältnis für und gegen die Unabhängigkeit bleibt fast dasselbe wie zur Zeit des Referendums 2006: 56 Prozent sind dafür und 44 Prozent dagegen.⁹ Nationalmontegriner und der größere Teil der Minderheiten tragen den Staat, während die Serben und ein Teil der slawisch-sprachigen Muslime aus dem montenegrinischen Teil des Sandzak eine Wiedervereinigung mit dem serbischen Nachbarn vorziehen. Genau wie für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gilt auch für den Nationalstaat, dass Montenegro eine völlige Konsolidierung bisher nicht gelungen ist.

In schwierigen Gewässern: Zivilgesellschaft und Medien

Angesichts des aufgebauchten nationalen Gegensatzes und des schwachen Zustandes der Opposition käme der Zivilgesellschaft in Sachen Kontrolle der Regierung und Modernisierung des montenegrinischen Gemeinwesens eine tragende Rolle zu. Auf Gesetzesebene wurden im abgelaufenen Jahr auch gute Fortschritte erzielt. Der insgesamt solide rechtliche Handlungsrahmen wurde durch die Verabschiedung eines neuen NGO-Gesetzes weiter ausgebaut. Die positive Rolle der NGOs wurde auch von Seiten der EU-Kommission mehrfach gelobt. Allerdings bewegen sich diese weiterhin in einem eher prekären gesellschaftlichen Um-

feld. So ergaben Meinungsumfragen einen besorgniserregenden Rückgang hinsichtlich der Redefreiheit im Land.¹⁰ 64 Prozent der Befragten meinten, dass sich in Montenegro viele Menschen davor fürchteten, ihre politische Meinung frei zum Ausdruck zu bringen. Kein anderes Balkanland, in dem dieselbe Umfrage durchgeführt wurde, wies einen so hohen Prozentsatz auf. Dazu passt, dass immer wieder Vertreter unabhängiger Presseorgane gewaltsamen Übergriffen zum Opfer fallen. So wurden im Juli in Podgorica zwei Fahrzeuge der Tageszeitung »Vijesti« in Brand gesteckt, im November wurde eine Fernsehcrew des zur Zeitung gehörigen Fernsehsenders gleichen Namens angegriffen. Die Ermittlungen verlaufen häufig im Sande, was dazu beiträgt, dass die vergleichsweise offene und unabhängige Medienlandschaft im Lande Selbstzensur übt. Druck von Seiten der Parteien sowie Informationsverweigerung sind Medienvertretern zufolge die häufigste Beeinträchtigung der Pressefreiheit.¹¹ Auch die LGBT-Gemeinschaft, deren Stand in der Gesellschaft gerade auf dem Balkan als guter Indikator für gesellschaftliche Modernisierung angesehen werden kann, bewegt sich in schwierigen Gewässern. Zum ersten Mal überhaupt wurde 2011 eine *Gay Pride* angekündigt und vom Premierminister Luksic in wohlthuendem Gegensatz zu feindseligen Äußerungen seiner Kabinettskollegen auch begrüßt. Nach gewaltsamen Übergriffen wurde die Parade jedoch wieder abgesagt.¹²

Erfreulicher war da schon ein erster großer Studentenprotest mit über 3.000 Teilnehmern, der Mitte November an der Universität Podgorica organisiert wurde. Die letzten größeren Manifestationen fanden 2008 statt, als 20.000 Menschen gegen die Anerkennung des Kosovo durch die Regierung Djukanovic demonstrierten. Die Ankündigung eines weiteren Protests, diesmal von Studenten zusammen mit Gewerkschaften und anderen Gruppen, sorgte für viel Aufruhr in der Öffentlichkeit. Dass aus der Ankündigung nichts wurde, weil nach Aussagen der Beteiligten erheblicher Druck von Seiten der Regierung ausgeübt wurde, zeigt wiederum, dass jenseits schöner Gesetzestexte die Entfaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft real begrenzt bleiben.

9. http://www.defacto.me/ispitivanje_javnog_mnjenja.htm

10. Agentur Gallup Europe.

11. Bericht Medien, Medienfreiheiten und Demokratie in Montenegro, Podgorica, Oktober 2011, OSZE und CEDEM, S. 30.

12. <http://www.balkaninsight.com/en/article/montenegro-gay-pride-parade-cancelled-after-attacks>



Im Unterschied zu den oftmals ernüchternden Zuständen in der Innenpolitik ist die außenpolitische Lage ein Lichtblick. Dass Montenegro hier umso heller leuchtet, liegt nicht zuletzt an den Nachbarn. So rennt Serbien mit seiner illusionären Politik, Kosovo nicht aufzugeben und dennoch den EU-Beitritt anzustreben, gegen eine Wand. Die innere Verfasstheit Bosnien-Herzegowinas entpuppt sich mehr und mehr als desaströse Sackgasse. Kosovos Staatsbildung wird wohl auf Jahre hinaus nicht abgeschlossen sein, und der mazedonisch-griechische Namensstreit taumelt seinem dritten Jahrzehnt entgegen, ohne dass eine Lösung am Horizont erkennbar wäre. Da kommt ein Staat mit anerkannten Grenzen, friedlichen Minderheiten, und guten Beziehungen zu all seinen Nachbarn, von gelegentlichen Kabbeleien mit dem großen Bruder Serbien einmal abgesehen, fast schon wie ein unerhörter Glücksfall daher. Vielleicht ist auch das ein Grund, warum die EU in anderen Bereichen gerne mal wegsieht.

Doch mit Ausnahme der Außenpolitik leuchtet die Bilanz Montenegros am Vorabend der Beitrittsverhandlungen nicht ganz so hell wie die schöne Adriaküste vermuten lässt. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, nationale Identität und Zivilgesellschaft befinden sich in einem höchstens halb konsolidierten Zustand. Der geschürte serbisch-montenegrinische Gegensatz nagt an der Legitimität des Gemeinwesens, während eine schwache Opposition und eine gelegentlich gegängelte Zivilgesellschaft in einem Klima des Autoritarismus den herrschenden Kräften nur unzureichend ihre Grenzen zeigen können. In Kroatien und Serbien, selbst in Mazedonien und Bosnien gibt es entweder innere politische Korrektive oder starke Bevölkerungsgruppen, die Kompromisslösungen erzwingen. Da Montenegro über all dies nicht oder nur sehr unzureichend verfügt, ist Druck aus Europa unerlässlich. Ohne Brüssel wird die Lücke zwischen Schein und Sein noch weiter auseinanderklaffen.



Über den Autor

Marcus Schneider ist Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien und in Montenegro.

Dieser Bericht beruht in Teilen auf dem Report »Montenegro unter dem wachen Auge Djukanovics und der EU« von Jovana Marovic und Stevo Muk sowie auf der Mitarbeit von Ivana Racic.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-052-7